

# EH

## *direkt*

Nr. 88

28. Okt. 2003

Abfahrt am Samstag, um 05.30 Uhr von  
Tor 1 (TKS), Kaiser-Wilhelm-Str. 200,  
10,- € Kostenbeteiligung  
Rückfahrt von Berlin am späten Nachmittag

Alle Interessierten melden sich  
bitte schnellstmöglich

Informationen von Beschäftigten für Beschäftigte bei der Eisenbahn und Häfen GmbH

Großdemonstration am 01. Nov. 2003 in Berlin

## Gegen sozialen Kahlschlag und Angriff auf die Tarifautonomie! Widerstand tut Not!

Es reicht! Unter den Stichworten **Agenda 2010**, **Hartz-**, **Rürup-** und **Gesundheits"reform"** betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte in der Geschichte der Bundesrepublik.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu Sozialhilfebezieher/innen. Gleichzeitig plant sie die **Absenkung der Sozialhilfe**. Das Hartz-Konzept bedeutet Übergang zur faktischer Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus. Für **Zahnersatz und Krankengeld** sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. **Eintrittsgeld beim Arzt** und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind geplant. **Wir sollen 20 Mrd. € mehr zahlen**. Das Rentenalter soll heraufgesetzt und das **Rentenniveau so abgesenkt werden**, daß die Meisten in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe.

Jetzt haben Regierung und CDU die **Tarifautonomie** im Visier. Tarifverträge sollen einseitig unterschritten werden dürfen, wenn die Unternehmen es wollen. Wo fängt das an und wo hört das auf? Wie verbindlich bleiben unsere Tarifregelungen über Arbeitszeit und Entgelt, Urlaub, 13. Monatseinkommen und vieles mehr?

Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen! Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, Banken, Konzernen und großen Vermögenden auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie alle zusammen sind für Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich.

Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. € in die Kassen der Unternehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer beläßt den Reichen

jährlich 16 Mrd. € mehr. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von 6 Mrd. € wird finanziert. Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet € 8,3 Mrd., aber der Rentenzuschuß von 2 Mrd. € soll gestrichen werden.

In der gesamten Europäischen Union wird dasselbe neoliberale Politikmodell praktiziert: „Strukturanpassungen“, Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern, verlängerte Arbeitszeiten. Vor allem in Frankreich, Italien und Österreich haben die Menschen diese Politik mit Riesenprotesten und Generalstreiks beantwortet. Aber immer noch gibt es kaum gemeinsame Aktivitäten.

**Wir dürfen uns nicht spalten und entmutigen lassen, wir müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Wer jetzt nicht am Kampf teilnimmt, muss damit rechnen, daß er noch weitere Niederlagen teilt.**

**Wir fordern Reformen bei den Sozialsystemen, die den Namen verdienen. Wir lehnen eine Politik ab, die die Besitzenden schont und begünstigt, aber die breite Masse mit höheren Beiträgen, massiven Leistungskürzungen und Zwang zu Privatversicherungen belastet. Beteiligen wir uns an den örtlichen und regionalen Initiativen und Bündnissen gegen Sozialkahlschlag!**

**EH direkt**

**Herausgeber:**

IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei der  
Eisenbahn und Häfen GmbH

Franz-Lenze-Str. 15, 47166 Duisburg

Tel.: (0203) 52-24231 oder -25627

Fax: (0203) 52-40647

e-Mail: [Michael.Mueller@tkh-eh.thyssenkrupp.com](mailto:Michael.Mueller@tkh-eh.thyssenkrupp.com)

**Druck:**

IG Metall Duisburg